



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 23. Mai 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **M 714 Motion Amrein Ruedi und Mit. über die Einsetzung einer Taskforce für die Umsetzung des Berichtes zur Klima- und Energiepolitik des Kantons Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung als Postulat.

Ruedi Amrein ist damit einverstanden.

Willi Knecht beantragt Ablehnung.

Ruedi Amrein: Vorerst danke ich für den Antrag auf Erheblicherklärung als Postulat. Ich bin damit einverstanden. Die Pandemie hat gezeigt, was eine Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bewirken kann. Auch die Bereiche Energie und Klima sind einem ständigen Wandel unterworfen. So kann unter anderem die Vermittlung von Neuigkeiten, die rasche Umsetzung von Forschungsergebnissen und der ständige Austausch dem Kanton einen Mehrwert bringen. In der Umsetzung auch auf Ebene Kanton macht ein enger, ständiger, institutionalisierter Kontakt zur Wirtschaft für die praktischen Erfahrungen und zur Wissenschaft Sinn. Es wird bestimmt auch regionale Besonderheiten geben, welche dort gelöst werden müssen. Ob dieses Gremium Taskforce oder Klimabeirat heisst, ist mir weniger wichtig. Meine inhaltlichen Anliegen werden aufgenommen, und wenn dieses Anliegen nicht mit einer Motion gelöst werden kann, der Regierungsrat dieses aber per Postulat umsetzen will, kann die FDP einem Postulat zustimmen.

Willi Knecht: Zum Klima- und Energiebericht wurde bereits eine ähnliche Bemerkung überwiesen. Die SVP hat schon damals die Bemerkung abgelehnt, weil wir klar der Meinung sind, dass das Fachwissen beim Kanton grundsätzlich ausreichend vorhanden ist. Falls er Unterstützung oder Beratung in einem Bereich braucht, weiss er, an wen er sich wenden kann. Eine Taskforce oder ein Beirat bringt aus unserer Sicht keinen Mehrwert und ist daher unnötig.

Hanspeter Bucheli: Die Mitte-Fraktion teilt die Meinung der Regierung, dass die Umsetzung des Klima- und Energieberichtes eine äusserst anspruchsvolle und mit überragender Tragweite behaftete Aufgabe ist. Die Debatte von heute Morgen bestätigt das. Man spricht davon, dem Ärger Luft zu machen, von christlichen Werten, die über Bord geworfen werden, und von Schöpfung, und man spricht von klugen Motionen, die noch kommen sollen. Das Anliegen des Motionärs ist aus unserer Sicht angebracht. Dass das Gremium Beirat und nicht Taskforce genannt werden soll, scheint uns plausibel, da es sich nicht um einen Notfall handelt. Auch die Breite des Gremiums mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik scheint uns gegeben. Da es sich nicht um ein motionsfähiges Anliegen handelt, unterstützen wir einstimmig die Erheblicherklärung als Postulat.

Sara Muff: Die Stimme der Wissenschaft ist unumgänglich, um dem Klimawandel entschlossen entgegenzutreten. Damit der Klima- und Energiebericht des Kantons auf den

neusten Evidenzen basiert, wurden sodann auch bereits bei der Erarbeitung diverse Gremien inkludiert, auch wissenschaftliche. Dass diese Kollaboration nach der Fertigstellung des Berichtes enden soll, erachtete die SP-Fraktion bereits in der Beratungsphase als den falschen Weg. Es wurde daher bereits eine erste Bemerkung von der RUEK eingereicht und von unserem Rat überwiesen, die ein ähnliches Ziel hat. Wie die Regierung in ihrer Stellungnahme korrekt ausführt, ist die Klima- und Energiepolitik eine dynamische Disziplin. Es müssen fortlaufend neue Erkenntnisse berücksichtigt werden, und auch mit der technologischen Innovation muss das Tempo gehalten werden, damit man nicht abgehängt wird. Einen Klimabeirat werten wir als ein adäquates Gefäss, um die Erreichung der Klimaziele beratend zu begleiten. Die eminent wichtige Thematik der Klimapolitik führt abermals zu Konflikten. Die SP-Fraktion erhofft sich, dass hier der Wissenschaft besonders Rechnung getragen wird. Würde es zum Beispiel dann wieder Fraktionen geben, die dem Atomstrom auf den radioaktiven Kern gehen wollen, wäre sich die Wissenschaft einig, dass auch in Schenkon kein Uran abgebaut werden kann und es nie unabhängigen Schweizer Atomstrom geben wird. Wir werden im Sinn unserer Ausführungen die Erheblicherklärung als Postulat unterstützen.

Rahel Estermann: Die Grünen und Jungen Grünen werden diesen Vorstoss unterstützen. Wir danken Ruedi Amrein für das Einreichen. Wir unterstützen es sehr, dass eine Taskforce oder ein Beirat mit breiter Expertise in der Umsetzung der Klimastrategie den Kanton Luzern berät. Das hat sich unserer Meinung nach bereits bei der Erarbeitung sehr bewährt. Wir haben vorher in diesem Rat festgestellt, dass es für die Lösung komplexer Vorhaben oft am meisten nützt, wenn man mit den Akteuren zusammensitzt, Koalitionen sucht und sich abspricht. Das bringt Mehrwert. Es bedeutet einen Effort vonseiten des Kantons, wenn man die Externen einbezieht, aber dieser Effort ist nötig, denn es geht um die grösste Herausforderung des Umbaus von Gesellschaft und Wirtschaft seit der Industrialisierung. Die G/JG-Fraktion möchte zwei Anliegen auf den Weg mitgeben: Wenn man sich externe Expertisen ins Haus holt, muss man diese auch berücksichtigen. Die Wissenschaft bringt Fakten, die Politik ist zuständig für die Umsetzung. Ich bin dagegen, dass die Politik ganz grundsätzlich und immer blind übernimmt, was die Wissenschaft vorschlägt. Es gibt auch nicht immer überall glasklare wissenschaftliche Wahrheiten. Aber bei der Klimakrise ist der wissenschaftliche Konsens so gross, dass die Handlungsanleitungen der Expertinnen und Experten klar sind. Wir müssen jetzt schnell handeln, um die Lebensgrundlagen zu sichern. Wir müssen schnell handeln, um das Ziel «Netto null 2050» und das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Den Handlungsanleitungen sollte man dann auch folgen, wenn man einen solchen Beirat hinzuzieht. Zudem hat es uns ein wenig irritiert, dass die Regierung vorschlägt, dass im Beirat Vertretende von Klimaforschung, angewandter Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sein sollen, die Zivilgesellschaft fehlt aber. Bei der Ausarbeitung des Klimaberichtes war das anders, dort waren Verbände und Vereine vertreten. Diese müssen jetzt wieder einbezogen werden. Es braucht für diese Herausforderung alle: die Wissenschaft, die Wirtschaft, die Politik und die Gesellschaft. Wir müssen alle Akteure mit ihren Expertisen und ihren Interessen mit einbeziehen, auch diejenigen, die im Namen der Zivilbevölkerung sprechen, sonst landen wir in einer Sackgasse. Die besten Technologien nützen nichts, wenn man sie falsch oder gar nicht anwendet. Wir erwarten, dass der Regierungsrat auch diese Akteure in den Beirat holt. Wir bitten Sie, der Erheblicherklärung des Postulats zuzustimmen.

András Özvegyi: Der Umgang mit dieser Motion ist eigenartig, eigentlich ist sie in der Zwischenzeit überflüssig geworden. Eingereicht wurde sie am 6. Dezember 2021, also vor der Klima-Session. Aber in der März-Session wurde mit dem Antrag 44 dieses Anliegen überwiesen. Ich zitiere: «Für die detaillierte Ausarbeitung der Massnahmen und deren Umsetzungsplanung sollen, abgestimmt auf die einzelnen Handlungsfelder, die Kompetenzen aus Industrie, Gewerbe und Wissenschaft massgeblich eingebunden werden.» Eigentlich hätte man die Motion im Sinn der Effizienz zurückziehen können. Der Regierungsrat hätte, wenn die Beratung ein wenig weiter auseinander gewesen wäre, Ablehnung wegen Erfüllung beantragen können. Das Thema betrifft allerdings ein Grundanliegen der GLP, da können wir nicht dagegen stimmen, deshalb stimmen wir der

Erheblicherklärung als Postulat zu.

Gaudenz Zemp: Wir sind uns einig, dass unsere Gesellschaft zunehmend Schwierigkeiten hat, Entscheide zu akzeptieren. Ein Beirat würde helfen, dass solche zum Teil auch unpopuläre Entscheide mitgetragen werden, weil man sieht, dass alle Lager intensiv daran gearbeitet haben. Ich stimme deshalb für die Erheblicherklärung des Postulats. Helfen würden auch runde Tische, aber das setzt voraus, dass die dort sitzenden Personen auch gewisse Verbindlichkeiten schaffen können gegenüber den Leuten, die sie vertreten. Ich stelle fest, dass die G/JG-Fraktion eine relativ radikale Basis hat mit zum Teil sehr ideologischen Leuten. Das macht es für sie sehr schwierig, Sachpolitik zu betreiben. Die Forderungen ihrer Basis gehen teilweise so weit, dass sie nicht mehr plausibel sind. Verbindliche Sachpolitik wird so für sie kompliziert, was es wiederum für uns schwierig macht, an diesen runden Tischen teilzunehmen. Man findet dort zwar zu einem Konsens, geht dann aber hinaus, und vom anderen Lager kommt dann doch wieder eine Fundamentalopposition. Ich bin für runde Tische, aber man muss an der Verbindlichkeit arbeiten, und die Personen am Tisch müssen wirklich für ihre Basis sprechen können, sonst ist das verlorene Mühe und Zeit.

Korintha Bärtsch: Ich möchte kurz auf das Votum von Gaudenz Zemp eingehen. Die national sehr wichtige Vorlage des CO<sub>2</sub>-Gesetzes wurde abgelehnt. Das Gesetz wurde abgelehnt, weil die bürgerlichen Kräfte zu wenig dafür getan haben.

Urs Brücker: Es gab bereits bei der Erarbeitung des Klima- und Energieberichtes einen Beirat mit Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft, dem Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz und dem Geschäftsführer des KMU- und Gewerbeverbandes des Kantons Luzern. Ich habe dort die Wirtschaft und damit die Verbände vermisst, die wissen, wie das Ganze schlussendlich technisch umgesetzt werden soll. Wenn man wieder so einen Beirat einberuft, sollten diese massgeblich beteiligt sein.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ihr Rat hat den Planungsbericht über die Klima- und Energiepolitik in der März-Session zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Bericht widmet der Koordination und Zusammenarbeit zwischen Fachstellen, Gemeinden und anderen Kantonen sogar ein eigenes Kapitel. Bereits die Erarbeitung des Berichtes wurde von einem Beirat begleitet; dieser wurde wieder aufgelöst. Wir haben vorgesehen, für die Umsetzung jetzt wieder einen Beirat aus Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik einzusetzen. Ich nehme die Voten gerne mit. Wir werden auf eine ausgewogene Zusammensetzung achten, bei der das technische Know-how und die Verbindung in die Praxis vorhanden sind und die ein gutes Abbild der Gesellschaft ist. Der Beirat darf aber nicht zu gross sein, damit er vorwärtskommt und effizient arbeiten kann. Noch eine grundsätzliche Anmerkung: Das Anliegen des Motionärs nehmen wir entgegen, es ist jedoch nach § 67 des Kantonsratsgesetzes nicht motionsfähig. Darum beantragen wir Ihnen, die Motion als Postulat erheblich zu erklären.

Der Rat erklärt die Motion mit 73 zu 18 Stimmen als Postulat erheblich.